# Schönburger Tageblatt

und

# Waldenburger Anzeiger

Erscheint jeden Werktag Nachmittags. Bezugspreis monatlich 4500 Mk., ausschl. Trägerlohn. Einzelne Nrn. 200 Mk. Sonntags 250 Mk. Anzeigenpreis die 6gesp. Grundzeile od. deren Raum 200 Mk., v. außerhalb des Bezirkes 300 Mk., die 3gesp. Zeile im amtlichen Teile 400 Mk., im Reklameteile 600 Mk. Hinweise auf Anzeigen und Eingesandte (Petit) 100 Mark. Nachweisegebühr 300 Mark. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postschließfach Nr. 8 Postscheckkonto Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Colditz Filiale Waldenburg Stadtgirokonto Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachlaß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichen zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (E. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7—12, 2—5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unser Lieferer hat der Bezieher keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

Nr. 127 — Dienstag, den 5. Juni 1923 — 45. Jahrgang.


# Zwei neue französische Hetzreden.

## Neuester Dollarkurs (vorbörslich) = 79 000.

### Amtlicher Teil.

**Zuckerpreise:** Für den Zucker vom Mai 1923 gelten folgende Höchstpreise im Kleinverkauf:

Melis und Raffinade . . . . . bis zu 1600 Mk. das Pfund,
Lompen, Puderzucker, Brote . . . „ „ 1700 „ „ „
Würfelzucker alle Sorten . . . . „ „ 1800 „ „ „

Den örtlichen Preisprüfungsstellen ist die Festsetzung etwas niedrigerer Sätze überlassen.

**Bezirksverband Glauchau,** 1. 6. 1923. — Nr. 86. Pr. —

**Die deutsche Antwortnote soll Mitte dieser Woche abgesandt werden.**

**Frankreich und Belgien arbeiten am Sturze der Mark.**

**Zur Stützung der Mark will die Reichsregierung den Devisenhandel verbieten.**

**Die Unterstützungen für Sozial- und Kleinrentner, für Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene werden erhöht.**

**General Degoutte soll durch einen a deren General ersetzt werden.**

**Im Ruhrgebiet kamen im Mai 62 Eisenbahnunfälle vor.**

**Der Hafen von Mannheim wurde von den Franzosen auf 7 Tage geschlossen.**

**In Württemberg ist eine Regierungskrise ausgebrochen.**

**Die französische Regierung sagt den Kampf gegen die Royalisten an.**

**Der französische Senat hat die Ruhrkredite genehmigt.**

**Poincaree begibt sich Mittwoch zu einer Konferenz nach Brüssel.**

**Die Spanier erlitten in Marokko eine ernste Niederlage.**

**Lord Cecil tritt für ein englisch-amerikanisches Zusammengehen ein.**

**England ist in der Saarfrage wieder umgefallen.**

**Baldwin reist nicht nach Paris.**

**Rußland führt den Gregorianischen Kalender ein.**

**Die rote Armee in Rußland ist zu einer Friedensarmee umgestaltet worden.**

**Präsident Harding will eine Luftabrüstungskonferenz einberufen.**

**In Amerika ist die Wahrheit auf dem Marsche.**

***Waldenburg,** den 4. Juni 1923.

Die Vorwürfe, die uns wegen der Zahlung der Reparationsgelder gemacht werden, laufen immer wieder darauf hinaus, daß wir Deutschen die Entrichtung der von Frankreich geforderten Summen umgehen wollen. Eine berechtigte Grundlage für diese Behauptung ist bisher nicht vorgebracht worden. In der Menge von Papiermark, die bei uns in Umlauf ist, ist kein Beweis für eine solche Handlungsweise enthalten, der Druck der Banknoten kann gesteigert oder vermindert werden; worauf es ankommt, das sind die Goldwerte und Devisen, die wir haben.

Wer sucht, der wird finden. So könnten wir ganz einfach den Franzosen sagen, die sich daran machen sollen, nach dem Bestand von Gold in Deutschland zu forschen. Nur muß wirklich etwas da sein. Die Kassen, die bei uns vorhanden sind, müssen, wenn wir die Goldzahlungen umgehen, doch einen Inhalt haben, den festzustellen, keine Unmöglichkeit sein kann. Daß die Reichsregierung oder die Industriellen ihr Geld nicht in der Erde vergraben und die Kassen leer lassen werden, ist selbstverständlich. Die Zeiten sind vorüber, in denen das blanke Metall in Strümpfen oder im Bettstroh verborgen wurde; wenn Geld da ist, muß es auch zur Verausgabung gelangen oder an sicheren Stellen aufbewahrt werden. Niemand hindert die Franzosen, sich eine Aufstellung machen zu lassen, welche Beträge an Goldwerten wir in Händen haben, und wenn sie unseren Mitteilungen keinen Glauben schenken wollen, so können sie die Kassen nachprüfen.

Frankreich stellt sich an, als ob es uns mit Recht mißtraue, aber es verschweigt, daß es mit voller Absicht den Kredit schon seit Jahr und Tag abgeschnitten hat. Wäre dies nicht geschehen, so ständen wir ganz anders vor der Welt da; wir wären dann in unserer Produktion und in unserer Lebenshaltung nicht so heruntergekommen, wie es der Fall gewesen ist. Wenn das Deutsche Reich außerstande ist, das zu bezahlen, was von Paris aus beansprucht wurde, so lag das nicht nur an den hohen Forderungen, sondern auch an der Zerstörung unseres Kredits, die uns die Gewinnung einer Anleihe unmöglich machte. Wir umgehen unsere Zahlungspflicht nicht. Aber dafür ist der Beweis nicht erbracht, daß die Regierung in Paris nur die vollste Redlichkeit uns gegenüber gelten läßt. Was sie von uns beansprucht, geht über das Maß des Zulässigen hinaus, und sie maskiert ihre Finanzlage ebenso, wie ihre Schadenersatzansprüche. Die Finanzlage wird schwärzer dargestellt, als sie in der Tat ist, und die Schadenersatzansprüche sind nicht so hoch, wie sie angegeben werden.

Nach einem Vorschlage in Ententezeitungen soll unsere Zahlungsfähigkeit einem Weltschiedsgericht unterstellt werden. Wir fragen, warum soll die Zahlungsberechtigung Frankreichs nicht in gleicher Weise nachgeprüft werden?

Von englischer Seite ist erst jüngst ganz offen ausgesprochen worden, daß die französischen Zahlenangaben nicht den wirklichen Wiederaufbaukosten entsprechen, sondern daß darin auch sehr erhebliche Unternehmergewinne enthalten sind. Und die Engländer als gerissene Geschäftsleute müssen das schließlich wissen.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Beim Reichskanzler fand am Sonnabend eine wichtige Besprechung des Ressortchefs wegen des Marksturzes statt, die heute fortgesetzt werden soll. An der englischen Börse laufen Massenaufträge aus Frankreich und Belgien ein zum Verkaufe von Reichsmark. Derselbe Vorgang ist an der Neuyorker Börse festzustellen. Die Reichsmark soll dem Nullpunkt zugetrieben werden.

Ein Gesetzentwurf, der dem Reichsrat vorliegt, sieht die Erhöhung der Sozialrentnerunterstützung vor. Die Kleinrentnerfürsorge gleicht sich dieser an. Auch die Unterstützungen für Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sollen erhöht werden.

° **Regierungskrise in Württemberg.** Der württembergische Staatspräsident Hieber hat den durch das Ableben des Ministers Graf (Ztr.) freigewordenen Innenministerposten dem bisherigen Justizminister Bolz (Ztr.) übertragen und mit der Leitung des Justizministeriums den Landesvorsitzenden der Zentrumspartei, Oberregierungsrat Beyerle, Kanzleidirektor im Justizministerium, betraut. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb den Austritt aus der Regierungskoalition erklärt. Der einzige sozialdemokratische Minister war der Arbeits- und Ernährungsminister Keil.

* **Ein zweiter Fall Schlageter?** Der Urheber des Sabotageaktes gegen die Eisenbahnstrecke bei Insheim ist, wie verlautet, in der Person eines aus Oldenburg stammenden Ingenieurs der Oppauer Werke durch die Franzosen verhaftet worden. Er soll die Tat eingestanden und dabei erklärt haben, er habe sie ausgeführt aus Vaterlandsliebe, weil er deutscher Offizier gewesen sei. Der Name des Verhafteten konnte bisher nicht ermittelt werden. Er soll sich dadurch verdächtig gemacht haben, daß er öffentlich erklärte, er sei der Urheber der Tat.

* **Wie weit reicht das besetzte Gebiet?** Das französische Militärgericht in Landau verurteilte den Polizeiwachtmeister Lorenz Berberich aus Mannheim, weil er im unbesetzten Mannheim einen französischen Offizier nicht gegrüßt hatte, zu fünf Monaten Gefängnis und 500 000 M. Geldstrafe bezw. weiteren drei Monaten Gefängnis. Das Urteil wurde damit „begründet", daß „der Boden, den ein französischer Offizier im Dienst betritt, als besetztes Gebiet zu betrachten ist." — Ist es schon Tollheit, hat es doch Methode. Nach dieser Begriffsbestimmung gibt es überhaupt kein unbesetztes Gebiet, da die französischen Schnüffelkommissionen überall „dienstlich" herumschwirren.

° **Die deutsche Antwort.** Die Verhandlungen, die in den letzten Wochen in Berlin über den Schritt geführt worden sind, der als Antwort auf die Noten der Entente erfolgen soll, sind jetzt so weit gediehen, daß man in parlamentarischen Kreisen mit ziemlicher Bestimmtheit mit der Absendung des neuen Schriftstücks in der Mitte der Woche rechnet. Es ist als Ergänzungsnote der letzten Note gedacht, und dürfte daher sämtlichen beteiligten Mächten zugestellt werden.

° **Die Sicherung der Brotversorgung.** Der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigten sich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung. Die Erörterungen drehten sich um die Fürsorgemaßnahmen für Bedürftige und die Deckung der dazu erforderlichen Mittel durch Erhebung einer Abgabe in Höhe der Zwangsanleihe. Ueber die Art des bei der Fürsorge beabsichtigten Vorgehens teilte Staatssekretär Dr. Heinrici mit, daß ein ähnliches Vorgehen wie bei den Milchzuschüssen beabsichtigt ist, d. h. eine Zuteilung der verfügbaren Mittel über die Länder an die Gemeinden, die damit eine individuelle Unterstützungstätigkeit entfalten. Bestimmte Angaben über die Höhe der Mittel konnten nicht gemacht werden.

° **Eine dritte Kalianleihe Preußens.** Wie Finanzminister Dr. Richter im Hauptausschuß des preußischen Landtages mitteilte, ist die Ausgabe einer dritten Kalianleihe des preußischen Staates beabsichtigt. Der Finanzminister machte bei dieser Gelegenheit ausführliche Mitteilungen über das Ergebnis der Kalk- und Roggenanleihe und gab eine zahlenmäßige Uebersicht über den Haushalt. Der Haushaltsanschlag hatte den Fehlbetrag ursprünglich auf 11 986 000 000 festgelegt. Dieser Fehlbetrag erhöht sich infolge der Besoldungserhöhungen, der sachlichen Preissteigerungen und eines Ausfalles an Ueberweisungen auf 975 Milliarden 470 Millionen. Dem stehen Mehreinnahmen gegenüber aus der Forstverwaltung von 420 Milliarden (!), an Ueberweisungen von Reichssteuern von 100 972 000 000 und aus anderen Posten, besonders aus eigenen Steuern 54 498 000 000, so daß sich ein Mehr an Einnahmen ergibt von 575 470 000 000 M. Das Defizit beträgt danach rund 400 Milliarden Mark.

Die französischen und belgischen Kriegsgerichte haben bis Mitte Mai über Reichsbeamte, preußische, bayerische, hessische und badische Staats- und Gemeindebeamte Freiheitsstrafen in Höhe von 443 Jahren 8 Monaten 16 Tagen und Geldstrafen im Betrage von 464,565,000 Mk. und 2850 Franken verhängt.

General Degoutte soll durch General Fayolles ersetzt werden. Von anderer Seite wird als Nachfolger General Mangin genannt.

Auf der Station Insheim südlich Landau explodierte von der Maschine des D-Zuges Wießbaden-Straßburg der Kessel. Es gab verschiedene Tote. Das französische Kommando befahl den deutschen Behörden, die Täter innerhalb 48 Stunden festzustellen und den Besatzungsbehörden auszuliefern.

Der Oberleutnannt a. D. Kaarles, der im Werdener Gefängnis in Untersuchungshaft saß, ist entwichen. Er war verhaftet worden, weil er angeblich mit Schlageter in Verbindung gestanden habe.

Der thüringische Landtag hat den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den sozialdemokratischen Minister Hermann mit den Stimmen der Sozialdemokraten bei Stimmenthaltung der bürgerlichen Opposition abgelehnt.

#### Frankreich.

In der französischen Kammer kam es anläßlich von Interpellationen über die royalistischen Anschläge auf die Abgeordneten Violette und Moutet zu heftigen Auftritten. Der Minister des Innern erklärte, die Regierung sei entschlossen, die Täter zu bestrafen und die Republik mit allen Mitteln zu verteidigen. Man habe die Ueberzeugung, daß die Anschläge vorbereitet gewesen seien uud daß man einer Organisation gegenüber

SLUB Wir führen Wissen. MUSEUM Naturalienkabinett WALDENBURG